

07. Juni 2014

Die Fragen stellte Prof. Dr. Solveig Richter, Juniorprofessorin für „International Conflict Management“ an der „Willy Brandt School of Public Policy“ der Universität Erfurt.

Prof. Dr. Solveig Richter:

Frau Bundeskanzlerin, Sie waren ja selbst schon in Südosteuropa. Was hat Ihnen da besonders gut gefallen?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, gefallen hat mir natürlich Vieles – die Natur, die Baudenkmäler, aber eben auch die Anstrengung der Menschen. Aber man muss schon sagen, dass natürlich auch eine große Aufgabe vor diesen Ländern liegt: einmal, diese Länder selbst aufzubauen, wenn man jetzt die EU-Mitglieder Slowenien und Kroatien sieht, wenn man aber auch an die anderen Länder denkt, die noch den Weg in die EU vor sich haben. Und dass es eben – bei den schwierigen geschichtlichen Verhältnissen auch in der jüngsten Geschichte – auch so wichtig ist, wieder ein gutes Verhältnis zueinander zu finden. Da stehen die Länder schon vor großen Aufgaben, bei denen wir ihnen gerne helfen.

Sie empfangen ja nächste Woche den serbischen Ministerpräsidenten. Für Herrn Vucic ist das hier sicherlich ein sehr wichtiger Termin, denn Deutschland hat in den vergangenen Jahren eine führende Rolle gespielt, wenn es um Fragen von Südosteuropa oder der EU-Erweiterung ging. Es hat auch immer wieder Kritik hervorgerufen – aus Brüssel und anderen EU-Ländern. Warum handelt Deutschland so selbstständig?

Zum Schluss müssen wir ja alle gemeinsam beschließen, und wir haben immer sehr viel Wert darauf gelegt, dass bei den bestehenden Konflikten – im Falle von Serbien zum Beispiel, bei dem Zusammenleben mit dem Kosovo – auch wirklich Fortschritte erkennbar sind. Denn wir haben die Erfahrung gemacht: Wenn Konflikte nicht gelöst werden, bevor der Weg in die EU beschritten wird, dann werden sie oft überhaupt nicht mehr gelöst, oder es dauert sehr, sehr lange. Deshalb haben wir uns vorgenommen, darauf zu drängen, Konflikte früher zu lösen. Da gibt es dann manchmal auch durchaus Meinungsverschiedenheiten, aber es gibt eben auch produktive Spannungen, die dann zu Veränderungen führen. Wenn man mich vor zwei drei Jahren gefragt hätte: Wird Serbien diesen Weg auch im Blick auf das Kosovo so gehen? Dann hätte ich gesagt: Ich bin sehr zweifelnd. Und heute haben wir doch auch echte Fortschritte gesehen, und deshalb freue ich mich auf den Besuch des Ministerpräsidenten Vucic. Ich habe ihn neulich schon im Zusammenhang mit dem schrecklichen Hochwasser angerufen, das diese Länder ereilt hat, wo wir auch unsere Hilfe angeboten haben, auch praktische Hilfe geleistet haben. Und dann werden wir über den weiteren Weg Serbiens sprechen.

Sie haben den Fall Kosovo schon angesprochen. Serbien ist ja ein Schlüsselakteur, wenn es um solche ungelösten Staatsbildungsprozesse in der Region geht. Aber Berlins und Belgrads Positionen sind ja gerade im Fall Kosovo sehr gegensätzlich. Deutschland hat sich sehr für einen unabhängigen Staat Kosovo eingesetzt, den Serbien nicht anerkennt. Wie sieht die deutsche Strategie im Fall Kosovo denn zukünftig aus?

Ja, wir haben das Kosovo anerkannt, und ich glaube, dass auch Serbien Schritt für Schritt immer wieder praktische Wege gehen wird, damit sich das Verhältnis zwischen den Ländern bessert. Es ist ja auch ganz erkennbar nicht so einfach, wenn man in die Geschichte schaut, dass solche Veränderungen auch akzeptiert werden, und deshalb sind bestimmte Veränderungen auch nur sehr langsam zu bekommen. Aber wichtig ist doch, dass Serbien auch seinen Weg in Richtung Europa einschlagen möchte, in Richtung Europäische Union. Und da sind sicherlich noch viele Schritte zu gehen. Aber Frieden – das ist meine tiefe Überzeugung – wird es auf dem westlichen Balkan nur geben, wenn es auch die europäische Perspektive gibt. Und wenn wir gerade in diesem Jahr mal an 100 Jahre Beginn des Ersten Weltkriegs denken, dann wissen wir, dass europäische Geschichte aufs engste mit der Geschichte des westlichen Balkans verknüpft ist.

Nicht nur in Serbien, auch in anderen Ländern der Region ist Korruption ein großes Problem – bis hinauf in die Führungsetagen. Doch es gehen auch Bürger dagegen auf die Straße und prangern ihre Regierungen an. Wie kann Deutschland die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Korruption und somit die Demokratie stärken?

Alle Schritte – die Assoziierungsabkommen, die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen – handeln ja immer wieder auch von der Aufgabe, dass sich in diesen Ländern Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und wirtschaftliche Transparenz auch wirklich entwickeln. Wir haben umfangreiche Beratungsprogramme, an denen auch Deutschland teilnimmt, zum Beispiel zur Einführung eines vernünftigen, verlässlichen Rechtssystems. Denn mit der Qualität des Rechtssystems hängt auch sehr häufig die Investitionsbereitschaft – zum Beispiel deutscher Firmen – zusammen, die sagen: Wenn ich nicht weiß, worauf ich mich rechtlich einlasse, dann geh ich dort auch gar nicht erst hin. Deshalb sind in allen meinen Gesprächen – ob es mit dem albanischen Ministerpräsidenten ist, mit dem von Mazedonien, mit den Verantwortlichen von Bosnien-Herzegowina oder eben in diesem Fall mit Serbien und Kosovo –, dann sind immer wieder die Fragen der Rechtsstaatlichkeit ganz im Vordergrund. Die EU stellt viel Geld auch für diese Beratungsprozesse zur Verfügung. Aber die Arbeit muss natürlich von den Ländern selbst geleistet werden. Da gibt es Fortschritte, aber es gibt auch noch sehr viel zu tun.

Sie haben jüngst Südosteuropa als die fragilste Region des Kontinents bezeichnet. Nun hat sich der EU-Erweiterungsprozess als ein wichtiges Instrument erwiesen, um Stabilität zu fördern und Reformen anzustoßen. Aber gerade Deutschland gehört ja bekanntermaßen zu den Erweiterungsskeptikern. Sie haben das wichtige Jahr 2014 angesprochen. Wäre das nicht ein guter Anlass, den Beitritt dieser Länder zu einem vereinten Europa mehr zu unterstützen?

Wir unterstützen den Beitritt. Nur, wir glauben, dass wir keinen Gewinn haben, wenn wir die Kriterien einfach nicht einhalten. Und es gibt ganz klare Kriterien für die jeweiligen Schritte der Annäherung an die Europäische Union. Alle diese Länder haben eine klare Beitrittsperspektive. Am Beispiel Kroatien können Sie sehen, dass es gelungen ist, bei anderen steht noch ein weiter Weg bevor. Aber unsere Erfahrung ist: Wenn es vor dem Beitritt nicht die Fortschritte gibt, wird es nach dem Beitritt mit Sicherheit nicht einfacher. Und deshalb ist ja die Beitrittsperspektive nicht nur auf dem Papier geschrieben, sondern sie ist mit umfangreichen Unterstützungsprogrammen, auch praktischen Unterstützungsprogrammen verbunden. Und deshalb glaube ich: Es liegt im Grunde in der Hand der einzelnen Länder, ob sie diese Phasen schnell durchlaufen oder nicht. Also, ich würde Deutschland nicht als Beitritts-skeptiker bezeichnen, sondern ich würde

sagen: klare Kriterien, Einhalten der Verträge, übrigens auch etwas, was wir bei den Mitgliedstaaten in der Europäischen Union immer wieder auch betonen müssen, und dann ist die Perspektive für den westlichen Balkan klar. Deutschland wird Ende August alle Balkanstaaten zu einer Konferenz einladen, auch um hier deutlich zu machen, wir wollen gemeinsam unterstützend sein und gemeinsam in die Zukunft blicken. Deshalb setzen wir uns auch sehr stark in dieser Region ein.